

# RECHTSANWALTSKANZLEI LENNARTZ

Rechtsanwaltskanzlei Lennartz · Postfach 1544 · 53865 Euskirchen

Oberlandesgericht Stuttgart  
Olgastr. 2

70182 Stuttgart

**vorab per Telefax: 0711 212-3024**

LEO LENNARTZ  
zugelassen auch am OLG Köln

DR. HERIBERT LENNARTZ

URSULINENSTRASSE 19  
53879 EUSKIRCHEN

TELEFON (0 22 51) 35 09 / 41 09  
TELEFAX (0 22 51) 7 43 09  
E-MAIL [info@rechtsanwaltskanzlei-lennartz.de](mailto:info@rechtsanwaltskanzlei-lennartz.de)  
INTERNET [www.rechtsanwaltskanzlei-lennartz.de](http://www.rechtsanwaltskanzlei-lennartz.de)

Euskirchen, 25.04.2007  
2006/00004-Le/t

**In Sachen**

**Dres. Metzler und Richtmann ./ Annen**

**- 4 U 35/07 -**

werden die Beisitzer im Senat nämlich

1. Herr Richter am Oberlandesgericht Kittel und
2. Herr Richter am Oberlandesgericht Stefani

wegen der Besorgnis der Befangenheit abgelehnt.

Ein Ablehnungsgesuch gegen die Frau Vorsitzende Richterin Dr. Sulzberger-Schmitt entfällt nur deshalb, weil sie inzwischen aus dem richterlichen Dienst ausgeschieden ist und als Richterin für den Beschwerdeführer nicht mehr in Frage kommt.

1. Grund für das Ablehnungsgesuch ist die Prozesskostenhilfeentscheidung vom 25.10.2006, in dem der Prozesskostenhilfeantrag des Beklagten für die 1. Instanz auch vom Senat zurückgewiesen wurde.

Es ist zwar anzunehmen, dass Herr Richter am OLG Stefanie der Verfasser des Beschlusses vom 25.10.2006 ist.

Nach den Erfahrungen des Beklagten mit dem 4. Senat ist allerdings davon auszugehen, dass der Beschluss von den übrigen Senatsmitgliedern nicht nur unterschrieben sondern vorher im Senat eingehend beraten worden ist.

Schließlich hat die Rechtsprechung des 4. Senats nicht unwesentlich zur derzeitigen Rechtsprechung des BGH und des Bundesverfassungsgerichts zur Frage der Meinungsäußerungsfreiheit beigetragen. Für die Vermutung des Beklagten spricht auch die Tatsache, dass seine sofortige Beschwerde gegen die Ablehnung des PKH-Gesuchs in der 1. Instanz vom 07.04.2006 datiert, während der Senat seine Entscheidung erst am 25.10.2006 getroffen hat.

Die Beschwerdeentscheidung liest sich wie eine vorweggenommene Zurückweisung einer zu erwartenden Berufung durch Beschluss.

BÜROZEITEN: MONTAGS BIS FREITAGS 8.00 – 13.00 UHR UND 14.30 – 17.30 UHR

POSTBANK KÖLN 147714-508 (BLZ 370 100 50)

KREISSPARKASSE EUSKIRCHEN 1 546 845 (BLZ 382 501 10)  
370 696 27)

DEUTSCHE BANK EUSKIRCHEN 770010700 (BLZ 370 700 24)

RAIFFEISENBANK RHEINBACH VOREIFEL EG 2 000 108 017 (BLZ

Der Senat hat aus seiner Sicht alle in der 1. Instanz zu berücksichtigenden Gesichtspunkte aufgegriffen und auf die Entscheidung des Landgerichts Ulm massiv eingewirkt.

Das war nicht seine Aufgabe und auch nicht zulässig. Diese umfangreiche Befassung mit dem Prozessstoff und die nach Auffassung des Beklagten einseitige Bewertung hat bei ihm zu Recht die Befürchtung hervorgerufen, dass die abgelehnten Richter bei der jetzt anstehenden Befassung mit der Berufung sich bereits soweit festgelegt haben, dass er eine objektive neue Würdigung des Sachverhalts durch die abgelehnten Herren Richter nicht erwarten kann.

2. Für die Entscheidung über ein PKH-Gesuch wäre natürlich ein so umfangreicher Beschluss wie der vom 25.10.2006 nicht notwendig gewesen. Der Beklagte hat deshalb zu Recht den Eindruck, dass mit ihm andere außerhalb des engen Prozessstoffes liegende Absichten verfolgt wurden, wie möglicherweise den Beklagten zu veranlassen, es schon in der 1. Instanz nicht auf eine kontradiktorische Entscheidung ankommen zu lassen.

Das hinzunehmen hat der Beklagte keine Veranlassung.

Es sind zwischenzeitlich eine Reihe von Entscheidungen ergangen, die Verfahren betreffen, von denen der Beklagte betroffen war.

Die Entscheidungen sind durchaus differenziert und der Beklagte macht nur von seinem Recht Gebrauch, sich gegen Angriffe gegen seine Meinungsäußerungsfreiheit zur Wehr zu setzen.

3. Obwohl der Senat eine umfangreiche Prüfung des Prozessstoffes in prozessualer und materieller Hinsicht vorgenommen hat, ist er auf die Frage der ordnungsgemäßen Vertretung der Kläger durch einen postulationsfähigen Anwalt nicht eingegangen.

Gerade hierzu hätte Veranlassung bestanden, weil der Beklagte in seiner Klageerwidlungsschrift hierauf hingewiesen hatte.

Wenn der Senat diese Frage mit keinem Wort berührte, obwohl er alle möglichen anderen Fragen prüfte und entschied, begründet auch dies den Verdacht der Befangenheit.

4. Besonders gravierend erscheint, dass sich der Senat so ausführlich mit der Frage der Aktivlegitimation der Klagepartei auseinandersetzte.

Ausweislich der Klage war sie für die Gemeinschaftspraxis für Änästhesiologie Dr. Thomas Metzler/Dr. med. Christoph Richtmann, Sedanstr. 10, 89077 Ulm, erhoben worden.

Obwohl der Senat ausdrücklich ausführte, die als Klägerin auftretende BGB-Gesellschaft sei als parteifähig anzusehen, hat er sich in subtile Untersuchungen dahin begeben, ob nicht doch statt der Personengesellschaft die einzelnen Gesellschafter Kläger seien.

Diese Frage war von der Kammer nicht besonders thematisiert worden.

Der Beklagte hatte keine Veranlassung etwas in Richtung auf Änderung des Klagerubrics zu unternehmen.

Die Ausführungen des Senats konnten daher nur den Sinn haben, der klaren Erklärung der Klageschrift eine andere Bedeutung beizulegen und die Inhaber der Gemeinschaftspraxis zu veranlassen selbst als Kläger aufzutreten.

Nur dann war es möglich, die Rechtsprechung, die vom Senat angeführt wurde, auf die Herren Dr. Metzler und Dr. Richtmann anzuwenden.

Eine BGB-Gesellschaft genießt bekanntlich keinen Grundrechtsschutz. Der Hinweis des Senats auf BGHZ 76, 24 war offenbar unrichtig.

Der Ehrenschatz bei Gesellschaften ist Funktionsschutz. Hierzu war von der Klägerseite nichts vorgetragen worden. Zur Frage des Ehrenschatzes als Funktionsschutz siehe Löffler, 4. Auflage § 6 LPG, Anm. 102). Mit der Umdeutung des Klagerubrics wurde die Prozessgrundlage seitens des Senats eindeutig zu Lasten des Beklagten verändert. Der Beklagte sieht dies nicht als zufällig an. Der Senat kann nicht damit gehört werden, der Beklagte habe auch von den Klägern gespro-



chen. Er hat auf Seite 3 der Klageerwiderung darauf verwiesen, dass er in seinem Schriftsatz die Tagesklinik Dr. Metzler/Dr. Richtmann aufgeführt habe und nicht die Kläger als Person.

Hierauf hat er in der Verhandlung vor dem Landgericht Ulm am 18.12.2006 ebenfalls hingewiesen. Ohne die vom Senat veranlasste Änderung des Klagerubrics hätte die Klage in vollem Umfang abgewiesen werden müssen.

Auch dieses Verhalten des Senats stützt den Verdacht der Befangenheit.

5. Zu Unrecht hat der Senat in der angegebenen Entscheidung ausgeführt, es bedürfe keiner Entscheidung, ob die beanstandeten Äußerungen als Tatsachenbehauptungen oder Meinungsäußerungen zu qualifizieren seien.

Es ist zwar nicht zu übersehen, dass auch die neue Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auf diese Bemerkung hin tendiert. Ihre offensichtliche Unrichtigkeit ist aber evident, wie die Gesetzeslage ausweist.

Trotz des falschen Obersatzes hat sich der Senat sodann noch mit der Frage befasst, ob der Beklagte eine unrichtige oder richtige Tatsachenbehauptung aufgestellt habe und kam zu dem Ergebnis, es läge dann eine unrichtige Tatsachenbehauptung vor, „wenn das Flugblatt die Aussage enthielte, das Handeln der Kläger sei rechtswidrig und verboten“.

Der Beklagte hat an keiner Stelle geäußert, das Handeln der Kläger sei verboten sondern darauf, das Tun sei rechtswidrig aber strafflos. Das ist der entscheidende Unterschied, was vom Senat nicht verkannt wurde. Er hat sodann aber wieder von Zweifeln gesprochen, die angeblich bestehen sollen, weil keine hinreichende Klarstellung erfolgt sei. Es hat die Frage dann offengelassen und apodiktisch erklärt, wenn eine unrichtige Tatsachenbehauptung verneint werden müsse, wäre jedenfalls eine unzulässige Meinungsäußerung zu bejahen. Diese Aussage ist nicht logisch und wird vom Beklagten natürlich auch nicht akzeptiert. Die Alternative zu einer unrichtigen Tatsachenbehauptung ist eine richtige Tatsachenbehauptung und nicht eine Meinungsäußerung.

6. Soweit der Senat auf Seite 12 des Beschwerdebeschlusses ausgeführt hat, der Beklagte vergleiche die Tätigkeit der Kläger in ihrer Tagesklinik mit der Ermordung unschuldiger Menschen und dem Holocaust, ist dies ebenfalls unrichtig. Der Beklagte verweist auf heutige Vorgänge und auf historische Tatsachen. Er stellt keine Vergleiche an. Es ist aber auffällig, dass die Leser seiner Flugblätter allem Anschein nach Vergleiche anstellen, einschließlich der mit seinen Flugblättern befassten Richterinnen und Richter. Dann wäre doch wohl darüber nachzudenken, wieso sich solche Assoziationen ergeben, wenn doch die deutsche Gesetzeslage und das daraus folgende Verhalten von Abtreibungsmedizinern rechtlich nicht zu beanstanden ist. Dass der Beklagte vergleicht, ist eine Deutung der Gerichte, die über die Erfassung des Sinngehalts der Erklärungen des Beklagten offensichtlich hinausgeht. Sie braucht sich der Beklagte nicht anrechnen zu lassen. Auch dies haben die abgelehnten Richter zu Lasten des Beklagten anders gewertet, woraus der Beklagte nur den Schluss ziehen kann, dass die von ihm abgelehnten Richter Wortsinn seiner Äußerungen und sich möglicherweise daran anschließende Überlegungen Dritter nicht sorgfältig auseinander zu halten in der Lage sind.

Auch das bedingt den Verdacht der Befangenheit.

7. Auf Seite 13 des Beschlusses hat der Senat ausgeführt, der Beklagte sei keinesfalls darauf angewiesen, seine allgemeine Kritik an der Ermöglichung von Schwangerschaftsabbrüchen „durch eine derart diskriminierende Zuspitzung auf die Kläger zu artikulieren und damit eine massive Verletzung ihres Persönlichkeitsrechts in die Öffentlichkeit zu tragen ...“. Hieraus ergibt sich, dass der Senat offenbar die Grenzen zwischen einer scharfen Kritik und einer Schmähung nicht hinreichend beachtet oder kennt. Es ist ja gerade die Tatsache, dass der Beklagte zwar eine scharfe Kritik übt aber weder Schmähungen noch Beschimpfungen ausspricht, die der Rechtsprechung offenbar Schwierigkeiten macht. Der Beklagte hat deshalb auch keinerlei Veranlassung, seine Äußerungen als diskriminierend bezeichnen zu lassen. Der Ausdruck an dieser Stelle kann vom Beklagten nur als emotionale Betroffenheit der mitwirkenden Richter gewertet werden, ein Umstand der die Objektivität ihrer Rechtsprechung in Frage stellt. Auch diese Bemerkung bedingt den

Verdacht der Befangenheit. Der Beklagte hat dem Senat im Übrigen schon einmal schriftlich gegeben, dass er sich auch von ihm nicht beschimpfen lässt.

Zur Begründung des Ablehnungsgesuches bezieht sich der Beklagte auf den Akteninhalt (Beschluss vom 25.10.2006) sowie auf die dienstlichen Äußerungen der abgelehnten Herrn Richter. Letztere bitte ich nach Eingang zu übersenden

Abschriften anbei.

gez. Lennartz  
Rechtsanwalt